

6
85

Union in Deutschland

Mit Sonderbeilage
NRW

Bonn, den 14. Februar 1985

Jahreswirtschaftsbericht 1985

Kräftiger Aufschwung, stabile Preise, weniger Arbeitslose

Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am 30. Januar 1985 den Jahreswirtschaftsbericht 1985 verabschiedet und damit gemäß dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft für dieses Jahr gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten zur Verfügung gestellt.

Auch 1985 dauert die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland an. Die von der Regierung Helmut Kohl Ende 1982 eingeleitete marktwirtschaftliche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik hat damit ihre Bewährungsprobe bestanden. Zu Recht hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung festgestellt, daß gravierende Fehlentwicklungen inzwischen beseitigt wurden und daher die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs so gut wie lange nicht mehr sind.

(Fortsetzung Seite 2)

■ SOZIALES

Die Renten sind sicher / Erläuterungen zu den Rentenbeschlüssen

Seite 3

■ ARBEITSMARKT

Der steile Zuwachs der Arbeitslosigkeit in den frühen 80er Jahren konnte gestoppt werden / Eine Erklärung von Bundesarbeitsminister Blüm

Seite 5

■ CDU

Neue Wege im Umweltschutz / Ein Bericht vom Dortmunder Fachkongreß

Seite 7

■ WEHRKUNDE

Helmut Kohl: Wir müssen die Bündnisstrategie den geänderten Bedingungen anpassen

Seite 10

■ BTX

Neues Kommunikationsmittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Seite 11

■ CDU BERLIN

Ein Bericht vom Verlauf des Berliner Wahlkampfes

Seite 13

■ DOKUMENTATION

Umweltschutz zwischen Romantik und Realismus / Eine Bilanz des 4. Konrad-Adenauer-Haus-Gesprächs

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Wichtige gesamtwirtschaftliche Ziele wurden 1984 erreicht:

- das Bruttonsozialprodukt nahm im Jahresdurchschnitt real um gut zweieinhalb Prozent zu;
- der jahrelange Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde gestoppt; trotz des Arbeitskampfes in der Druck- und Metallindustrie lag die Arbeitslosenzahl Ende 1984 niedriger als ein Jahr zuvor;
- Ende 1984 waren die Preise so stabil wie in den letzten fünfzehn Jahren nicht mehr; die Verbraucherpreise lagen zur Jahreswende nur um zwei Prozent höher als Ende 1983; die Bundesrepublik Deutschland steht damit zusammen mit Japan in der Preisstabilität an der Spitze aller westlichen Industrieländer;
- die außenwirtschaftliche Stellung der deutschen Wirtschaft hat sich deutlich verstärkt; die erfolgreichen Exportanstrengungen unterstreichen die hohe Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten.

Die Zuversicht der Bundesregierung für dieses Jahr gründet sich nicht allein auf die positive gesamtwirtschaftliche Bilanz des Jahres 1984, sondern noch stärker auf die auch vom Sachverständigenrat gewürdigten Verbesserungen der internen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. (Vgl. **UiD-Dokumentation Nr. 38/1984**)

Gesamtwirtschaftliche Eckwerte für 1985

Aufgrund der Ausgangslage und des derzeitigen Informationsstandes hält die Bundesregierung 1985 eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung für möglich, bei der

- das Bruttonsozialprodukt gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt erneut real um rund zweieinhalb Prozent oder mehr wächst;

— die Beschäftigung wieder zunimmt und die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt auf eine Quote unter neun Prozent der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. unter acht Prozent aller Erwerbspersonen abgebaut und damit erstmals seit 1979 hinter dem Vorjahresniveau zurückbleiben wird; das bedeutet, daß die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf um mindestens 100 000 zurückgehen wird;

— der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt auf etwa zwei Prozent begrenzt werden kann, was zuletzt 1969 erreicht worden ist;

— die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um neun bis zehn Prozent zunehmen wird;

— die Investitionen der Unternehmen insgesamt real um sechs bis sieben Prozent steigen werden;

— die Brutto-Einkommen aus unselbständiger Arbeit insgesamt um vier bis viereinhalb Prozent höher sein werden als 1984.

Die Bundesregierung hat ihren mittelfristig angelegten wirtschaftspolitischen Kurs in ihren Jahreswirtschaftsberichten 1983 und 1984 eingehend dargelegt. Ihre Politik orientiert sich an Stabilität und Solidität und sieht eine vordringliche Aufgabe darin, Leistungsbereitschaft und Leistungswillen des einzelnen zu fördern, Eigeninitiative und Risikobereitschaft zu wecken, Anpassung und Beweglichkeit stärken, private Leistung wieder lohnender zu machen und so die Voraussetzungen für ein starkeres Wachstum und mittelfristig für die Lösung der drängenden Arbeitsmarktprobleme zu schaffen.

Vertrauen und Zuversicht haben zugenommen. Die Politik der Bundesregierung ermutigt die Bürger, stärker auf die eigene Kraft zu setzen. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland steht wieder auf einer gesunden Grundlage. Die deutschen Unternehmen insgesamt sind international

Die Renten sind sicher

Die CDU/CSU-Faktion hat zur Sicherung der Renten folgenden Koalitionsabsprachen zugestimmt:

1. Die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung werden für den Zeitraum vom 1. Juni 1985 bis zum 31. Dezember 1986 um 0,5 v. H. angehoben.
2. Die Beiträge für die Bundesanstalt für Arbeit werden für den gleichen Zeitraum um 0,3 v. H. gesenkt.
3. Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner beträgt ab 1. Juli 1986 5,2 v. H. und ab 1. Juli 1987 5,9 v. H.
4. Der Bundeszuschuß 1985 wird bis zu 1,5 Mrd. DM um den Betrag erhöht, der erforderlich ist, um die gesetzlich vorgeschriebene Schwankungsreserve sicherzustellen.



Zu den Rentenbeschlüssen erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Arbeit und Sozialordnung, Wolfgang Vogt: Die Renten werden am 1. Juli 1985 um mehr als 1 Prozent erhöht. Die Rentner sollen wissen, daß in den darauffolgenden Jahren bei den effektiven Rentenerhöhungen mindestens eine Zwei vor dem Komma stehen wird.

Die Rentenversicherung ist kurzfristig finanziell durch die Rückkehrförderung ausländischer Arbeitnehmer belastet worden. Die Rückkehrhilfe der Bundesregierung war ein voller Erfolg, denn nicht wie angenommen 50000, sondern 150000 ausländische Arbeitnehmer haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht und sich ihre eigenen Beiträge zur Rentenversicherung erstatten lassen. Die finanzielle Belastung ist durch die jetzige Erhöhung des Bundeszuschusses bis zu 1,5 Mrd. DM ausgeglichen. Zusätzlich werden die finanziellen Reserven der Rentenversicherung durch eine Beitragsumschichtung zwischen Rentenversicherung und Bundesanstalt für Arbeit gestärkt. Die Koalition der Mitte hat sichergestellt, daß die Rentenversicherung über ausreichende Reserven verfügen wird.

Die SPD-geführten Bundesregierungen haben den Bundeshaushalt zu Lasten der Rentenversicherung saniert — wir dagegen erhöhen den Bundeszuschuß.

wettbewerbsfähig. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität hat in den letzten Monaten sichtlich zugenommen. Dies alles vollzieht sich vor dem Hintergrund weitgehend stabiler Preise, sinkender Kapitalmarktzinsen, verbesserter Unternehmenserträge, gedrosselter öffentlicher Ausgaben und einer günstigen außenwirtschaftlichen Bilanz. Auch am Arbeitsmarkt deutet sich eine Trendwende an. Die jahrelange Zunahme der Arbeitslosigkeit konnte zum Stillstand gebracht werden. Der wirtschaftspolitische Kurs stimmt. ■

Jugendschutzgesetz

Der Bundesrat hat dem neuen Jugendschutzgesetz zugestimmt, das am 1. April in Kraft treten soll. Danach müssen Videofilme von den Landesjugendbehörden geprüft und für bestimmte Altersgruppen freigegeben werden. Jugendgefährdende Filme dürfen nur in Läden vermietet werden, die Jugendlichen nicht zugänglich sind. Für die Menschenwürde verletzende Gewaltdarstellungen wurde die Strafandrohung verschärft.

■ BUNDES-FACHAUSSCHUSS

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat Vorrang

Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Jugendpolitik der CDU, Frau Professor Gabriele Kokott-Weidenfeld, MdL, erläuterte vor der Presse in Bonn „Empfehlungen zum Internationalen Jahr der Jugend“ und sagte dabei unter anderem:

Junge Menschen hoffen auf eine lebenswerte Zukunft und sind bereit, an der Gestaltung dieser Zukunft aktiv mitzuwirken. Ihr Interesse erschöpft sich nicht in Fragen nach „autonomen Jugendzentren“ oder nach der Bedeutung gesetzlicher Regelungen, für sie sind Fragen nach einem verantwortbaren Lebensstil, nach einem Beruf, der sie ausfüllt, nach Frieden, nach Gerechtigkeit in der Welt, die Bewahrung einer lebenswerten Umwelt und Mitwirkungsmöglichkeiten wichtiger.

Das Internationale Jahr der Jugend ist für die CDU auch ein Anlaß, auf ihre Leistungen in der Jugendpolitik hinzuweisen:

- das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wurde endlich neu geregelt, der Zivildienst entsprechend neu geordnet;
- der Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit und das Jugendarbeitsschutzgesetz wurden verbessert;
- entgegen allen Unkenrufen konnten fast alle Schulabgänger mit einer Lehrstelle versorgt werden. In den vergangenen zwei Jahren wurden über 1,4 Millionen Lehrstellen zur Verfügung gestellt, über 70000 Lehrstellen wurden zusätzlich geschaffen.

Jüngste Meinungsumfragen bestätigen, daß immer mehr Jung- und Erstwähler für die CDU stimmen. Sie trauen der Union am ehesten die Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme zu. Der Jugendpolitik stellen sich in den nächsten Jahren vor allem drei Aufgaben:

1. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ihrer Folgen. Bereits im vergangenen Jahr verringerte sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen gegenüber 1983 um 14 Prozent. Dank einer Initiative wird für junge Arbeitslose bis 21 Jahre wieder Kindergeld gezahlt. Arbeitslose Jugendliche bis 23 Jahre erhalten wieder kostenlosen Krankenversicherungsschutz.
2. Die Integration der ausländischen Kinder und Jugendlichen. Wir müssen in den kommenden Jahren mit einer steigenden Zahl von ausländischen Schülern rechnen. Der voraussichtliche Höhepunkt wird 1991 sein, wenn etwa 80000 Abgänger aus der Sekundarstufe 1 zu erwarten sind. Das heißt, jeder vierte Schulabgänger in diesem Jahr wird ein Ausländer sein.
3. Die Ergebnisse des Enquete-Berichtes „Jugendprotest“ müssen weiter konsequent umgesetzt werden. Die CDU wird die Bereitschaft junger Menschen, sich für konkrete Projekte einzusetzen, unterstützen und fördern. Das gilt für den Umweltschutz, Aktionen zugunsten der Dritten Welt oder Hilfen bei der Integration von Ausländern.

Emil-Dovifat-Preis

Den Emil-Dovifat-Preis hat der der CDU/CSU nahestehende „Verein Union-Press“ an die Journalisten Helmut Müller von den „Westfälischen Nachrichten“ in Münster und Norbert Stahl von der „Katholischen Nachrichtenagentur“ in München verliehen. Der mit je 7500 Mark dotierte Preis wird für „hervorragende journalistische Leistungen“ im Regionalbereich vergeben.

■ ARBEITSLOSIGKEIT

Norbert Blüm: Der steile Zuwachs der frühen 80er Jahre wurde gestoppt

Der harte, kalte Winter hat die Arbeitslosigkeit noch einmal hochgetrieben. Betroffen sind vor allem die Arbeiter in den witterungsabhängigen Wirtschaftsbereichen Montage, Tief- und Hochbau. Der Baubereich steckt zusätzlich in großen Umstellungsschwierigkeiten.

Zu den bekanntgegebenen Arbeitslosenzahlen erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: „Ich appelliere an Städte und Gemeinden, ihre neugewonnene finanzielle Ausstattung jetzt zu nutzen, um lange aufgeschobene Investitionsvorhaben endlich zu verwirklichen. In einer großen Gemeinschaftsaktion aller Städte und Gemeinden muß erreicht werden, daß die Bau-Arbeitnehmer wieder mehr Arbeit haben. Die Investitionen vor Ort, für die es von der Krankenhaussanierung bis zum Umweltschutz viele Bedürfnisse gibt, sind wirksamer und sinnvoller als die Konjunkturiegkannen vergangener Zeiten. Geplant wurde lange genug, jetzt ist die Zeit des schnellen, unbürokratischen Handelns.“

Die Bundesregierung hat die bewährten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Fortbildung, Umschulung und Arbeitsbeschaffung gesteigert und hält sie auf Rekordhöhe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bereit. Auch das Instrument des Vorrhestandes kann noch zusätzliche Entlastungen schaffen.

Die Branchen, denen es jetzt sichtlich besser geht, stehen in einer besonderen Solidaritätspflicht gegenüber den Arbeits-

losen aus anderen Branchen. Einstellen geht vor Überstunden!

Bei allen berechtigten Sorgen bleiben die Zeichen der Zuversicht. So ist die Kurzarbeit gegen Januar 1984 weiter zurückgegangen und die Zahl der offenen Stellen weiter gestiegen. Auch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen liegt deutlich niedriger als vor einem Jahr.

Arbeitsmarkt im Januar 1985

Strenge Winterwochen mit viel Schnee und starkem Frost in allen Teilen der Bundesrepublik sind — erwartungsgemäß — voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen: 2619409 Arbeitslose; Arbeitslosenquote 10,6 %.

Diese hohe Zahl brachte vor allem einen Zugang an Männern (89 % aller Zugänge) und Arbeitern (91 %). Das heißt: Die witterungsabhängigen Wirtschaftsbereiche (z. B. Montage, Tief- und Hochbau, Bauarbeiterberufe) haben in überdurchschnittlichem Maße Mitarbeiter entlassen.

Der aus saisonalen und insbesondere witterungsbedingten Gründen starke Anstieg der Zahl der Arbeitslosen im Januar überdeckt einen klar erkennbaren Trend der Besserung am Arbeitsmarkt. Das zeigt ein Vergleich der Januar-Zahlen seit 1981. Danach ist die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahresmonat wie folgt angestiegen:

- von 1981 auf 1982 um 49,0 %,
- von 1982 auf 1983 um 27,6 %,
- von 1983 auf 1984 um 2,1 %,
- von 1984 auf 1985 um 3,2 %.

Der steile Zuwachs der Arbeitslosigkeit der frühen 80er Jahre ist, das zeigen die Zahlen, gestoppt.

Eine aussagekräftige Merkzahl ist außerdem die Entwicklung der Zahl der Kurzarbeiter. Sie veränderte sich — jeweils von Januar auf Januar — wie folgt:

- von 1981 auf 1982 um plus 34,2%,
- von 1982 auf 1983 um plus 121,2%,
- von 1983 auf 1984 ging sie um 53,0%
- und von 1984 auf 1985 um 17,6% zurück.

1984 lag die monatliche Arbeitslosenzahl insgesamt siebenmal unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis

1983: kein einziges Mal

1982: kein einziges Mal

1981: kein einziges Mal

Der Zugang an offenen Stellen liegt weiterhin über dem Vormonats- wie Vorjahresergebnis. Von Januar 1978 bis Januar 1983 ging diese Zahl jährlich zurück; seit 1983 jedoch wieder Anstieg.

1978 auf 1979: —11,5%,

1979 auf 1980: — 1,2%,

1980 auf 1981: —30,7%,

1981 auf 1982: —19,5%,

1982 auf 1983: —11,7%,

1983 auf 1984: +24,7%,

1984 auf 1985: + 4,4%.

Auf der Basis Januar 1984 = 100 hat die Arbeitslosigkeit, gemessen an der Zahl der registrierten Arbeitslosen und unter Einbeziehung der Kurzarbeit als Form der Teilarbeitslosigkeit (gewichtet mit knapp einem Drittel) im Januar/Februar 1983 den Gipfel überschritten. Daran ändern auch die aktuellen Januar-Zahlen nichts. Die Treppe der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit führt — wie klar die Jahresschnittsergebnisse erkennen lassen — wieder in Richtung Abbau von Unterbeschäftigung. Dieser positive Trend wird sich auch im weiteren Verlauf dieses Jahres deutlich fortsetzen. ■

■ INFORMATION

CDU: Börner betreibt groteske Medienpolitik

Der Vorsitzende der Medienkommission der hessischen CDU, Dieter Weirich, hat der sozialdemokratischen Landesregierung vorgeworfen, sie betreibe eine groteske und illiberale Medienpolitik. Es sei, so Weirich, ein absurdler Zustand, daß in den verkabelten Anlagen die Programme von DDR 1 und 2 — in Kassel sogar in Farbe — empfangen werden könnten, das erste private nationale Fernsehprogramm SAT 1 aber nicht. Der CDU-Politiker hielt Ministerpräsident Börner vor, permanent gegen die freiheitliche Verfassung zu verstoßen.

Krieg der Sterne?

„Gigantische Desinformation“

Gegen „reißerische Ausdrücke“ wie „Krieg der Sterne“ und „Militarisierung des Weltraums“ hat sich der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, gewandt. Diese Ausdrucksweise, in den Medien häufig im Zusammenhang mit dem amerikanischen Forschungsprogramm für eine „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) angewandt, ist nach seinen Worten ebenso griffig wie falsch. Damit werde eine „gigantische Desinformation“ versucht, die sich Ignoranz und Emotion, nicht aber Vernunft und Sachkunde zunutze machen wolle.

Mertes erklärte, mit dem Begriff „Krieg der Sterne“ werde der Eindruck suggeriert, als ob ein solcher Krieg tatsächlich geplant werde oder bevorstehe. Damit seien aber „schreckliche Vereinfacher“ am Werk, die der „sachgerechten Behandlung komplizierter Fragen der Friedenssicherung“ schadeten.

■ CDU-FACHKONGRESS

Neue Wege im Umweltschutz

Am 7. Februar hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Dortmund den Fachkongress „Neue Wege im Umweltschutz — Nordrhein-Westfalen lebenswert erhalten“ veranstaltet. Die Ergebnisse lassen sich in zwei Forderungen zusammenfassen:

- Marktkräfte müssen mehr als bisher für den Umweltschutz mobilisiert werden.
- Die Stellung des Kommunalpolitikers im Umweltschutz muß gestärkt werden.

Über 400 Teilnehmer konnte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Umwelt“, Senator Volker Hassemer, in der Westfalenhalle begrüßen. Im Vordergrund der Diskussion standen die Themen „Neue Techniken für mehr Arbeit und eine bessere Umwelt“ sowie „Umweltschutz vor Ort — Möglichkeiten und Grenzen der Kommunalpolitik im Umweltschutz“.

In seinem Eröffnungsreferat unterstrich der Parlamentarische Staatssekretär Horst Waffenschmidt die ökologischen Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft: „Während sich unsere Marktwirtschaft auf einem hohen Niveau wirtschaftlicher Leistungen und wirksamer Umweltschutztechnik fortentwickelt, operieren zum Beispiel in sozialistischen Systemen Staatsbetriebe mit unwirtschaftlicher Produktion und steigender Umweltverschmutzung. Die ungebrochene Umweltverschmutzung dort sollten sich alle die einmal anschauen, die auch heute noch meinen, zur Verbesserung des Umweltschutzes müsse

man nur die Wachstumsschraube zurückdrehen und die Unternehmen staatlich lenken.“

Mit der Frage, wie der menschliche Erfindungsgeist und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft für die Umwelt zu mobilisieren seien, beschäftigten sich in ihren Referaten Staatssekretär Franz Kroppenstedt, Prof. Holger Bonus und Prof. Klaus Töpfer. Im Ergebnis stimmten die Referenten überein: Umweltschutz darf nicht gegen den Markt betrieben werden — er muß die Marktkräfte nutzbar machen. Marktwirtschaftliche Anreize werden die Entwicklung neuer umweltfreundlicher Techniken beschleunigen. Denn das Eigeninteresse wird dann die menschliche Erfindungskraft zugunsten der Umwelt anregen.

Über Erfolge bei der Entwicklung neuer Techniken zur Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen berichteten drei Vertreter von Unternehmen, die Umweltschutztechnik anbieten. Günther Linke von der Ferdinand-Lentjes-Gruppe erläuterte die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Entschwefelung und Entstinkung von Kraftwerksabgasen. Besondere Aufmerksamkeit fand Hans-Georg Preißler; in einem Diavortrag zeigte er, wie die Firma Müllex-West Strom und Wärme aus der Zentraldeponie Ahrenshöft gewinnt. Über die Anstrengungen der Firma Kronos-Titan, Grünsalz- und Dünnsäureverklappung überflüssig zu machen, berichtete Gerhard Rieck.

Der Nachmittag war dem Kommunalpolitiker als Umweltschützer gewidmet. Der

Vorsitzende des Landesfachausschusses „Umwelt“ der CDU Westfalen-Lippe, **Reinhard Göhner, MdB**, zu diesem Thema: „Wir beschäftigen uns hier mit dem wichtigsten und umfangreichsten Gebiet der Umweltpolitik überhaupt.“

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, **Peter Michael Mombaur**, zählte auf, in welchen Bereichen die Verantwortung für umweltpolitische Entscheidungen heute bei den Gemeinden liegt. Er forderte, die Stellung des Kommunalpolitikers im Umweltschutz weiter zu stärken. Mehr Entscheidungsrecht für Städte und Gemeinden in Fragen kommunaler Umweltpolitik wünschte auch **Prof. Klaus Klemmer**, Leiter des Ruhrforschungsinstituts für Innovations- und Strukturpolitik: „Die Umweltpolitik bedarf unbedingt der starken kommunalen Komponente.“ Im Gegensatz zu „notwendigerweise grob geschnittenen Entscheidungen von Zentralbehörden“ könnten nur die Stadt- und Gemeinderäte genaue Maßnahmen gegen Umweltbelastungen planen und durchführen.

Über praktische Beispiele und Probleme kommunalen Umweltschutzes wurde in drei Kurzvorträgen berichtet: **Stadtdirektor Günter Kozlowski** erläuterte, wie in Rahden der Abfall mit Unterstützung der Bürger verwertet wird. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses von Dortmund, **Hubert Collas**, ging auf die Wechselseitigkeit von Wirtschaftsförderung und Umweltschutz ein. Über „weniger Lärm in der Stadt“ referierte **Stadtrechtsdirektor Robert Ostertag** aus Baden-Baden.

In seinem Grundsatzreferat plädierte der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe, **Prof. Kurt H. Biedenkopf**, leidenschaftlich für marktwirtschaftliche Strategien und für mehr Phantasie im Umweltschutz.

■ ÖKOLOGIE

Bundesregierung verabschiedet Bodenschutzprogramm

Das Bundeskabinett hat am 6. Februar 1985 ein Bodenschutzkonzept verabschiedet und Innenminister Friedrich Zimmermann beauftragt, gemeinsam mit den beteiligten Bundesressorts in Abstimmung mit den Ländern die notwendigen, auch gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutz des Bodens im einzelnen festzulegen.

Auf der Grundlage von Vorarbeiten einer interministeriellen Arbeitsgruppe werden in einer umfassenden Bodenschutzkonzeption erstmalig alle bedeutenden Einwirkungen auf den Boden bewertet. Für alle Bereiche des Bodenschutzes werden politische Ziele daraus abgeleitet und mehr als 170 konkrete Lösungsansätze für gesetzliche, planerische, administrative und wissenschaftliche Maßnahmen vorgeschlagen.

Die Bundesregierung geht in ihrem Bodenschutzprogramm von zwei zentralen Zielen aus; nämlich von der Minimierung von qualitativ oder quantitativ problematischen Stoffeinträgen aus Industrie, Gewerbe, Verkehr, Landwirtschaft und Haushalten sowie von einer Trendwende im Landverbrauch.

Sie wird den Schutz des Bodens als eingewichtige ressortübergreifende Aufgabe verstärken und die Auswirkungen des Bodenschutzes auf andere Politikbereiche durch einen fachübergreifenden Ansatz berücksichtigen. Die Schutzmaßnahmen werden sich im einzelnen an der absehbaren Gefährdung ausrichten. Der

Bodenschutz muß dabei den Vorrang haben, wenn die Gesundheit der Bevölkerung oder die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet ist.

Mit der Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung werden für die Umweltpolitik neue und in der Tat grundlegende Aufgaben gesetzt. Beim Schutz des Bodens geht es nicht nur um einen Ausgleich zu den vielfältigen Nutzungsansprüchen des Menschen, sondern gleichermaßen um die Erhaltung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Umwelt.

In ihren Lösungsansätzen enthält die Bodenschutzkonzeption

- Vorschläge für Verwaltungshandeln,
- Vorschläge für Forschungsinitiativen und für die Schaffung von Informationsgrundlagen,
- Hinweise für die Intensivierung der landwirtschaftlichen Beratung und
- Prüfaufträge für neue rechtliche Regelungen.

Die Bundesregierung ist dabei vor allem in zwei Bereichen gefordert:

- Förderung von Forschungs- und Informationsgrundlagen,
- rechtliche Regelungen, soweit ihre Zuständigkeit gegeben ist.

In der politischen Diskussion um den Bodenschutz ist von verschiedenen Seiten schon der Ruf nach neuen Gesetzen, nach einem besonderen Bodenschutzgesetz oder einem sogenannten Artikelgesetz vor einer gründlichen Bestandsaufnahme laut geworden. Hierzu ist festzustellen:

1. Das geltende Recht des Bundes und der Länder enthält bereits eine Vielzahl bodenrelevanter Regelungen. Deshalb müssen zunächst diese rechtlichen Möglichkeiten durch die zuständigen Verwaltungsbehörden voll ausgeschöpft werden. Es kann also in vielen Bereichen sofort gehandelt werden.

2. Die einzelnen Gesetze schützen den Boden allerdings unter jeweils spezifischen Aspekten. Die unterschiedliche Konkretisierung und die begrenzte Schutzwirkung dieser Vorschriften lassen es erforderlich erscheinen, die einzelnen Regelungen aufeinander abzustimmen, damit sie sich zu einem umfassenden Schutz ergänzen.

Die Bundesregierung wird sofort gemeinsam mit den Ländern prüfen, inwieweit neue, ergänzende bundesgesetzliche Regelungen notwendig sind. Dabei wird zunächst zu ermitteln sein, inwieweit die vorhandenen rechtlichen Instrumente zum Schutz des Bodens ausreichen oder nicht. Der Abstimmung mit den Ländern kommt deshalb entscheidende Bedeutung zu, weil sie die entsprechenden Bundesgesetze vollziehen und die Erfahrungen vor Ort haben.

Bei den zu treffenden Maßnahmen wird die Bundesregierung mit Umsicht, aber auch mit Entschlossenheit vorgehen. Die heute vom Bundeskabinett verabschiedete Bodenschutzkonzeption ist ein eindeutiges Bekenntnis zum Schutz des Bodens und Bewahrung der Umwelt. Die Bundesregierung hat damit als erstes Land in der Welt ein vergleichbares umfassendes Bodenschutzprogramm verabschiedet. Damit ist auch auf diesem Gebiet ein zukunftsweisender Schritt zugunsten des Bodens als die entscheidende Lebensgrundlage des Menschen getan. ■

6. Adenauer-Haus-Gespräch

Das nächste Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch findet statt Montag, den 25. Februar 1985, 17.00 Uhr. Es steht unter dem Thema „Abschied von der Männergesellschaft? Frauen und Männer auf dem Weg zur neuen Partnerschaft“. Generalsekretär Heiner Geißler wird ein Einleitungsreferat halten, die Gesprächsleitung führt Frau Bundesminister Dorothee Wilms.

■ WEHRKUNDETAGUNG

Wir müssen die Bündnisstrategie den geänderten Bedingungen anpassen

Auf der 22. Internationalen Wehrkundetagung in München am 9. Februar 1985 riet Bundeskanzler Helmut Kohl, den philosophisch-moralischen Ansatz der „Strategischen Verteidigungsinitiative“ (SDI) des amerikanischen Präsidenten ernst zu nehmen. Das irreführende Schlagwort „Militarisierung des Weltraumes“ sollte aus dem Spiel bleiben. Wir täten gut daran, so der Kanzler, dem östlichen Verlangen nach „Demilitarisierung des Weltraumes“ damit zu begegnen, daß wir auf die mit der SDI beabsichtigte Gewichtsverlagerung von den offensiven Nuklearwaffen zu den defensiven konventionellen Waffen hinweisen.

Die Bundesregierung wird nicht nur die Aspekte der Rüstungskontrolle und Militärstrategie prüfen, sondern auch die bündnispolitischen und wirtschaftlich-technologischen Elemente der SDI berücksichtigen. Es sei noch zu früh, die strategische Raketenabwehr abschließend zu bewerten. Folgende Interessen ließen sich aber schon heute definieren:

- Ein Weltraum-Defensivsystem muß die strategische Einheit des Bündnisgebietes voll berücksichtigen;
- strategische Instabilitäten, insbesondere in einer möglichen Übergangsphase, müssen vermieden werden;
- die strategische Verteidigungsinitiative der USA erfordert wegen ihrer weitreichenden Folgen für unsere Sicherheit

engste und vertrauensvollste Konsultationen — bilateral und im Bündnis;

— die SDI wird unabhängig davon, ob die Forschungsarbeiten zu den beabsichtigten Zielen führen, einen erheblichen technologischen Innovationsschub in die USA auslösen. Ein hochindustrialisiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen europäischen Verbündeten dürfen nicht technologisch abhängig werden;

— das amerikanische Weltraumprogramm ist ein starker Anreiz für die sowjetische Bereitschaft zu Verhandlungen.

Wir stehen heute auch vor dem Problem, so Helmut Kohl, die Bündnisstrategie den geänderten Bedingungen anzupassen: „Wir haben alle erkannt, daß die militärische Bedrohung gewachsen ist. In Europa befindet sich nach wie vor die stärkste militärische Konzentration des Warschauer Pakts. Dabei machen uns insbesondere die qualitativen, wehrtechnischen Verbesserungen der Warschauer-Pakt-Streitkräfte ernste Sorgen. Die Vorstellung, daß der Westen quantitative Unterlegenheit durch qualitative Überlegenheit ausgleichen könnte, wird zunehmend in Frage gestellt. Angesichts dieser Tatsache und weil wir die Abhängigkeit von einem frühen Einsatz von nuklearen Waffen aufgrund konventioneller Schwäche verringern wollen, hat das Bündnis beschlossen, einen kohärenten Ansatz zur Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit zu erarbeiten.“

■ BILDSCHIRMTEXT

Neues Kommunikationsinstrument der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Seit dem 5. Februar 1985 ist die CDU auch an das Btx-Netz (Btx-Nr. * 54411#) angeschlossen. Damit hat sich die CDU für ihre Öffentlichkeitsarbeit eine der neuen Entwicklungen auf dem Medienmarkt nutzbar gemacht. Neben aktuellen Meldungen zur Tagespolitik findet der Btx-Nutzer auf mehr als 500 Seiten im Programm der CDU Informationen über grundsätzliche Positionen der Partei zu allen wichtigen politischen Fragen. Dabei erlaubt eine übersichtliche Gliederung des Programms einen schnellen Zugriff auf die gewünschten Informationen.

Auf rund 80 Dialogseiten im Btx-Programm der CDU kann der Nutzer problemlos zusätzliche Informationen zu interessierenden Themen anfordern.

Als die große Volkspartei ist die CDU auf die Mitarbeit möglichst vieler Bürger angewiesen. Im Btx-Programm haben die Benutzer die Möglichkeit, sich genau über die CDU zu informieren. Es werden u. a. Möglichkeiten für eine aktive Teilnahme an der Parteiarbeit aufgezeigt. Man kann sogar über Btx Mitglied der CDU werden.

Daß das CDU-Btx-Programm in der kurzen Zeit des Bestehens gut angekommen ist, mögen folgende erste Zahlen veranschaulichen:

Bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle gingen in den ersten beiden Tagen über Btx bisher 211 Zuschriften ein. Bei 21 130 Btx-Teilnehmern in der Bundesrepublik ist das ca. 1 Prozent.

Im einzelnen: 20 Briefe bzw. Mitteilungen von Btx-Teilnehmern, 113 Materialbestellungen, 10 Anforderungen nach Beitragsunterlagen, 72 Teilnehmer wollen an einem Quiz teilnehmen, den die CDU für junge Leute vorgesehen hat. In dem Quiz wird das politische Wissen getestet. Eine elektronische Anfrage kam sogar aus Australien.

Besonderen Wert legt die CDU auf die aktuellen Text-Informationen, für die eine besondere Rubrik (Aktuelles) eingerichtet worden ist. Hier können z. B. Stellungnahmen der Partei zu aktuellen Ereignissen sofort abgerufen werden. Der Benutzer kann sich aber auch über die aktuellen Beschlüsse der Partiegremien ebenso schnell informieren wie über Beschlüsse der Bundesregierung unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Die CDU geht davon aus, daß die Benutzer des Btx konkrete Informationen erwarten, die sie nicht nur zur persönlichen Unterrichtung, sondern auch für ihre Arbeit verwenden können, d. h.: Je schneller eine konkrete Information angeboten wird, je eher wird das Programm genutzt. Außerdem erwartet der Benutzer, daß ihm die Informationen in kurzer und präziser Form angeboten werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit äußerst knapp gehaltener Textmengen, kurz gesagt: Fakten statt Leerformen. Diesen Anspruch wird das CDU-Programm voll und ganz erfüllen. Wo es aus besonderen Gründen nicht möglich ist, die Texte knapp zu fassen, hat der Benutzer die Möglichkeit, detaillierte

Informationen, z. B. in Form von Broschüren, abrufen zu können.

Die wichtigsten Inhalte des Programms sind neben der Sparte „Aktuelles“ die Rubriken

- Wirtschaft, Arbeit, Finanzen
- Familie, Soziales, Umwelt
- Jugend, Bildung, Recht, Medien
- Deutschland- und Außenpolitik

Übersichtlich gegliedert enthält das Btx-Programm der CDU auch die wichtigsten Daten über die einzelnen Landesverbände der Partei, so z. B. die Adressen und Telefonnummern der Landesgeschäftsstellen, die Namen der Vorsitzenden, Geschäftsführer oder Generalsekretäre. Sogar die Ergebnisse der letzten Wahlen und Termine der nächsten Wahlen können abgerufen werden.

Einen weiteren Raum nimmt auch die Sparte „Termine“ ein.

Wann und wo sind wichtige CDU-Veranstaltungen, Parteitage und Kongresse?

Wer spricht wann auf welchen Kundgebungen?

Welche Großveranstaltungen gibt es in den Bundesländern?

Das alles erfahren Btx-Benutzer unter der Rubrik „Termine“.

Eine besondere Rubrik umfaßt das Personenlexikon.

Wer macht was in der CDU?

Für Btx-Teilnehmer ist die Beantwortung dieser Fragen kein Problem. Das Programm gibt Auskunft über die führenden Persönlichkeiten der Partei: Bundesvorsitzende, CDU-Bundesminister, CDU-Ministerpräsidenten, CDU-Landesvorsitzende und natürlich auch über den CDU-Bundeskanzler. Die Informationen reichen vom politischen Werdegang bis zu Angaben über die gegenwärtige politische Funktion.

■ ÖA

Neuer Videofilm

„Deutschland ist auf dem richtigen Weg – Zwischenbilanz der Regierung Helmut Kohl“

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat einen neuen Videofilm produziert. Unter dem Titel „Deutschland ist auf dem richtigen Weg – Zwischenbilanz der Regierung Helmut Kohl“ zeigt dieser Film Leistungen und Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung.

In optisch anschaulicher Form und unter Zuhilfenahme neuester tricktechnischer Möglichkeiten werden Leistungen wie die Steigerung des Wirtschaftswachstums, des Exportes, die Senkung des Preisanstieges etc. vermittelt. Breiten Raum nehmen die Maßnahmen in der Familienpolitik und beim Umweltschutz ein. Auch die außenpolitischen Aktivitäten des Bundeskanzlers werden eindrucksvoll dokumentiert. Der ursprünglich als Vorspann zu den Auftritten des Bundeskanzlers in den Landtagswahlkämpfen gedachte Film, der dementsprechend besonders den Kanzler herausstellt, fand bei der Berliner Wahlkampferöffnung so große Zustimmung, daß er nun auch über das IS-Versandzentrum erworben werden kann.

Der gut sechzehnminütige Film eignet sich vor allem als Einstimmung zu CDU-eigenen Veranstaltungen. Den Kreisverbänden geht in diesen Tagen jeweils eine Filmkopie zu.

**Bestellung an das
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold**

**Bestell-Nr.: VHS — 4611
Betamax — 4612
Video 2000 — 4613**

**Mindestabnahme: 1 Exemplar
Preis für 1 Film: 25,— DM**

■ CDU BERLIN

Paß auf, Berlin – es geht ums Ganze

Zum ersten Mal in der Geschichte West-Berlins tritt die CDU als Regierungspartei, die SPD als Herausforderer in den Wahlkampf. Am 10. März 1985 heißt die Alternative: Fortsetzung der fruchtbaren Arbeit des CDU-geführten Senats oder ein rot-grüner Zusammenschluß.

Nach langen Jahren der Stagnation und Resignation ist Berlin wieder in Schwung gekommen: Die wirtschaftliche Entwicklung ist aus dem Wellental heraus, die Zahl der Arbeitsplätze hat erstmals seit 1969 zugenommen. Seit 20 Jahren zum ersten Mal gab es auch einen Wandelungsgewinn in Berlin: mehr Deutsche kamen zu uns als von uns weggingen. Im Sozialbereich gilt Berlin als Musterland, das Hausbesetzungsproblem ist gelöst (vor vier Jahren 165, heute 0 besetzte Häuser), und der innere Friede, die Sicherheitsgefühle und das Rechtsbewußtsein konnten deutlich verbessert werden — und es hat keinen einzigen größeren Skandal mehr gegeben.

Auch nach außen hin hat Berlin wieder an Attraktivität gewonnen. Die Schlagzeilen über Berlin sind positiv geworden, man kommt wieder gern zu uns — und nicht nur deshalb, weil es hier keinen Wehrdienst gibt.

Wir können mit Recht plakatieren: Berlin ist wieder da!

Das alles macht uns aber auch deutlich, daß es in Berlin kein Zurück mehr geben darf. Wir dürfen nicht wieder zurückfallen in die Verhältnisse der späten 70er und frühen 80er Jahre.

Doch diese Gefahr droht: Zur Zeit sind weder die SPD noch die AL in der Lage, diese Erfolge in unserer Stadt zu sichern. Die SPD ist zutiefst zerstritten, der rechte Flügel mit Apel ist isoliert, während der linke Flügel offen mit der AL sympathisiert. Die SPD hat klar und eindeutig eine Koalition mit der CDU ausgeschlossen. Die AL rüttelt an den Grundfesten unserer äußeren und inneren Sicherheit und ist immer dort zuerst zu finden, wo es um die Auslöschung unseres demokratischen Staatswesens geht. Die Umweltvorschläge der AL (z. B. Berlin in zehn Jahren autofrei) sind nicht nur utopisch, sie schaffen es auch nicht, das Wünschenswerte mit dem Machbaren realistisch zu verbinden.

Ein SPD/AL-Bündnis birgt die Gefahr in sich, daß Berlin in die Hände von Chaoten gelangt, daß die Grundlagen unserer Freiheit in Frage gestellt werden, daß die Gesellschaft zersplittert und der hoffnungsvolle Keim des Aufschwungs rasch erstickt würde.

Das Wahlprogramm der Berliner CDU

Stolz auf Berlin — Mut zur Zukunft, das ist der Titel unseres Wahlprogramms.

Auf 19 Seiten hat die Berliner CDU die Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit dargestellt. Wir konzentrieren uns dabei vor allem auf die Bereiche:

- Arbeitsplätze und Wirtschaftsaufschwung
- Naturschutz und Stadtgestaltung
- Sozial- und Seniorenpolitik
- gerechte Mieten und bezahlbares Wohnen

- Ausländer- und Asylpolitik
- Friedens- und Deutschlandpolitik.

Unser Hauptziel ist die Fortsetzung der — wie wir glauben — erfolgreichen Arbeit der CDU im Senat, Abgeordnetenhaus und den Bezirken nach dem 10. März 1985.

Die fünf zentralen Gedanken dieses Wahlprogramms sind:

1. Die Ausnutzung der Standortvorteile Berlins, sowohl im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen als auch im kulturellen Bereich, und Schluß mit dem Krankjammmern;
2. eine mutige Sozialpolitik, die sich auch nicht scheut, Besserverdienende stärker heranzuziehen, um dem wirklich Bedürftigen zu helfen, und Schluß mit dem Gießkannensystem, das von Trickreichen zu Lasten aller ausgenutzt wurde;
3. Ausbau der Sicherheit und Ordnung, damit sich jeder Bürger dieser Stadt auf das Recht verlassen und geborgen fühlen kann, und Schluß mit dem Aufweichen und Aushöhlen unseres Rechtsstaates;
4. Förderung der Eigeninitiative, sowohl im Wirtschaftsleben als auch in der Nachbarschaftshilfe, und Schluß mit der staatlichen Bevormundung, die den einzelnen Bürger einengt und die Einsatzbereitschaft erstickt;
5. schönere Gestaltung unseres Lebensumfeldes, sei es bei der Stadtgestaltung oder im Naturschutz, und Schluß mit dem allmählichen Abbau unserer gebauten und natürlichen Substanz.

Zum Bereich Umweltschutz hat die Berliner CDU ein eigenes Programm, „Chancen durch Umweltschutz“, vorgelegt. Des weiteren gibt es ein Spezialprogramm zur Frauenpolitik, das aus unserem frauopolitischen Kongreß im vergangenen Mai entwickelt wurde. Weitere Spezialprogramme zu den Themen Sport, Wissenschaft und Verkehr werden in den nächsten Wochen folgen. ■

■ RCDS

Neuer Bundesvorstand gewählt

Am vergangenen Sonntag ist in Osnabrück die 38. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erfolgreich abgeschlossen worden.

Auf dem Programm der dreitägigen Bundeskonferenz des RCDS standen neben der Wahl des neuen Bundesvorstandes insbesondere die Beratungen des hochschulpolitischen Programmes und eines Antrages zur gesamtgesellschaftlichen Anstrengung der Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.

Zum neuen Bundesvorsitzenden des RCDS wählte die Bundesdelegiertenversammlung den 23-jährigen Göttinger Studentenparlamentarier und Jura-Studenten Christoph Brand mit 68 Prozent der Delegiertenstimmen. Der bisherige Bundesvorsitzende Franz Dörmann kandidierte nicht mehr. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählte die Delegiertenversammlung den Aachener Bauingenieurstudenten Jürgen Erbach (23 Jahre) und den Heidelberger Medizinstudenten Jörg Debatin (23 Jahre). Die Delegierten verabschiedeten nach ausführlicher Diskussion das hochschulpolitische Programm des RCDS-Bundesvorstandes. In diesem Programm unterstreicht der RCDS die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für eine offene und solidarische Gesellschaft und bekennt sich ausdrücklich zum Offenhalten der Hochschulen.

Der neu gewählte Bundesvorsitzende, Christoph Brand, erklärte, daß der wichtigste politische Gegner des RCDS in den nächsten Jahren die grün-alternativen Listen an den Hochschulen seien. ■

■ ÖFFENTLICHER DIENST

Härten sind gemildert worden

Die CDU/CSU hält Wort! Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP sind auf Initiative von Abgeordneten der CDU/CSU übereingekommen, durch ein Bündel mehrerer Maßnahmen sowohl ungerechtfertigte Verzerrungen im Besoldungsgefüge zu korrigieren, als auch rechtlich höchst fragwürdige Eingriffe der SPD-geführten Bundesregierung in die Altersversorgung der Beamten zu beseitigen.

Zum ersten Mal seit 1980 können insbesondere die Beamten aus den unteren Besoldungsgruppen und die Versorgungsempfänger mit relativ niedrigen Ruhegehältern aufatmen. Die Maßnahmen im einzelnen:

1. Der bisher für jedes Kind einzeln gestaffelte Anteil im Ortszuschlag (z.B. 1. Kind: 111,88 DM; 2. Kind: 106,90 DM; 3. Kind: 49,62 DM) wird einheitlich für alle Kinder auf 111,88 DM festgesetzt.

Damit wird den Familien mit mehreren Kindern besonders geholfen und gleichzeitig der Wille von Bundesregierung und Fraktion deutlich, die Familie wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu stellen.

2. Die Harmonisierungszulage für die Beamten des einfachen Dienstes wird von 40,— DM auf 67,— DM angehoben. Die Eingangssämter im einfachen Dienst werden begrenzt von Besoldungsgruppe A 2 nach A 3 angehoben.

Beide Maßnahmen, die insbesondere den Beamten bei Post, Bahn und in der Zollverwaltung helfen, beseitigen den unhaltbaren Zustand, daß aktive Beamte eine Besoldung erhalten, die nur geringfügig

über, zum Teil sogar unter den Sozialhilfesätzen liegt.

3. Den pensionierten Beamten, die aus einer früheren Tätigkeit als Angestellte oder Arbeiter eine Rente erhalten, wird diese Rente aufgrund eines von der SPD initiierten Gesetzes vom Dezember 1981 bisher voll auf die Beamtenversorgung angerechnet. Dadurch sind unzumutbare Härten eingetreten. Auch rechtlich war dieser Eingriff umstritten, weil er die auch durch Eigenleistung erworbenen Ansprüche kassierte.

Künftig werden 20 Prozent der Rente nicht mehr angerechnet, wenn die Versorgung auf einem Beamtenverhältnis beruht, das vor dem 1. Januar 1966 begründet worden ist.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU/CSU und FDP haben dem öffentlichen Dienst erhebliche Opfer zugemutet, aber sie haben auch die Kraft, mit fortschreitender Konsolidierung des Bundeshaushaltes Härten zu mildern.

ÖTV verlor 5271 Mitglieder

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat im vergangenen Jahr 5271 Mitglieder verloren. Nach einer Erklärung der Gewerkschaftsführung sind damit noch 1168254 Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst in der ÖTV organisiert. Vor allem bei den Männern hat die ÖTV Rückhalt verloren, ihre Zahl sank 1984 von 837655 auf 826531. Der Anteil der Frauen sei dagegen von 335870 auf 341732 angestiegen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

TERMINE

- 20. 2. **CDU-Bundesvorstand**
Sitzung, Saarbrücken
- 21. 2. **LV Bremen**
Landesvorstand, Bremen
- 25. 2. **LV Baden-Württemberg**
Landesvorstand, Stuttgart
- 27./28. 2. **CDU Bund**
Medienpolitischer Kongreß der CDU, Mainz
- 27. 2. **LV Westfalen-Lippe**
Agrar-Kongreß, Werl
- 1./3. 3. **Exil-CDU**
18. Parteitag der Exil-CDU, Goslar
- 2. 3. **CDA Bund**
Betriebs- und Personalrätekonferenz: „Neue Technologien im Dienstleistungsbereich“, Frankfurt-Bornheim
- 4. 3. **LV Braunschweig**
Landesvorstand, Braunschweig
- 4. 3. **CDU-Bundesvorstand**
Sitzung, Berlin
- 9. 3. **LV Schleswig-Holstein**
Landesvorstand / Landesauschuß, Kiel
- 10. 3. **Landtagswahl im Saarland**
- 10. 3. **Kommunalwahlen in Hessen**
- 10. 3. **Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus**

- 11. 3. **OMV-Bundesvorstand**
Sitzung, Bonn
- 11. 3. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Bonn
- 11. 3. **CDU-Bundesvorstand**
Sitzung, Bonn
- 12. 3. **LV Braunschweig**
Landesvorstand, Braunschweig
- 13. 3. **CDU Bund**
Landesgeschäftsführer Konferenz, Bonn
- 13./15. 3. **CDU/CSU-Fraktion**
Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU/CSU, Düsseldorf
- 16. 3. **KPV Hessen**
Landesvorstand, Gießen
- 18. 3. **LV Bremen**
Landesvorstand, Bremen
- 19. 3. **OMV**
OMV-Delegiertentreffen im Rahmen des 33. CDU-Bundesparteitages, Essen
- 19. 3. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Essen
- 19. 3. **CDU-Bundesvorstand**
Sitzung, Essen
- 20./22. 3. **CDU Bund**
33. CDU-Bundesparteitag, Essen (Grugahalle)
- 23. 3. **LV Oldenburg**
Landesparteiausschußsitzung, Ahlhorn
- 31. 3./6. 4. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitisches Seminar, Berlin

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 370 100 50), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.